

Kritisch?

Die Kirchenberichterstattung des „Spiegel“ und der „Mainstream“ der Kirchen

Daß Journalisten Journalisten interviewen, kommt nicht häufig vor. Was immer die Gründe sind – Journalisten tun oft so, als gäbe es die Berichterstattung der anderen nicht. Umso bemerkenswerter ist es, wenn das Hamburger evangelische „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“ (DS) in seiner Weihnachtsausgabe dieses Tabu brach und jemanden aus derselben Zunft und obendrein derselben Stadt befragte, den leitenden Redakteur des „Spiegel“, *Ulrich Schwarz*. Thema: die Kirchenberichterstattung dieses Nachrichtenmagazins, weniger im Rückblick auf die über 50 Jahre, die diese Zeitschrift besteht – das war in einem zusätzlichen Beitrag nachzulesen (vgl. auch HK, Januar 1997, 95 ff.) –, als im Blick auf die gegenwärtige Situation.

Der äußere Anlaß des Gesprächs war zunächst nicht einmal „Spiegel“-spezifisch. Seit Jahren haben es sich die großen Illustrierten, Wochenmagazine und -zeitschriften, auch Tageszeitungen angewöhnt: Zu Weihnachten ist Religion angesagt. So wie selbst der säkularisierteste Zeitgenosse an Weihnachten eine Kirche zu einem Gottesdienst aufsucht, obwohl ihm dies das übrige Jahr über seltener in den Sinn kommt, so befaßt man sich in den unterschiedlichsten Presseprodukten an Weihnachten mit den vielgestaltigen Facetten von Religion: kirchlich, außerkirchlich, antikirchlich, esoterisch, exotisch, philosophisch, fundamentalistisch... Hauptsache bunt und kurzweilig, und etwas zeitanalytisch bedeutsam sollte es natürlich auch sein.

Beim Münchener Konkurrenzblatt „Focus“ (20.12.97) war es diesmal „Maria soll Göttin werden“, in der Kupfertiefdruckbeilage der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ein Beitrag von *Leszek Kolakowski* über das Böse, im Pari-

ser „Figaro magazine“ (20.12. 97) das, als man als „neues Gesicht der katholischen Kirche“ ausgemacht zu haben glaubt: eine Riege jüngerer katholischer Bischöfe, unter ihnen der Paderborner Weihbischof *Reinhard Marx*.

Insofern war die erste Frage des DS-Redakteurs *Jürgen Wandel* an seinen Spiegel-Kollegen naheliegend: Herr Schwarz, was wird es diesmal sein? Die DS-Leser erfuhren so schon am 19. Dezember, was in der Weihnachtsausgabe des „Spiegel“ (22.12.97) zu sehen war: eine Titelgeschichte über den „Absturz“ der Kirchen in die gesellschaftliche „Bedeutungslosigkeit“. Titel: „Jesus, allein zu Haus“ samt einem Gespräch mit dem Bischof von Fulda, Erzbischof *Johannes Dyba*. Angereichert wurde dies mit einer Geschichte über *Otto Kerns* im kirchlichen Raum vielkritisierte Abendmahlsdarstellung („Das Kreuz mit der Werbung“) sowie einem differenzierten Essay des SPD-Politikers und evangelischen Theologen *Richard Schröder* zur Lage der Kirchen in Deutschland.

Die „Spiegel“-eigene Lesart des Bedeutungsverlustes der Kirche sowie die Position Erzbischof Dybas – hierzwischen bewegte sich das Interview-Gespräch, mit folgendem Ergebnis: Der „Spiegel“ tritt für eine Entflechtung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Deutschland ein. Erzbischof Dyba tut dies – auf seine Weise – auch. Deshalb war der „Spiegel“ gerade an ihm interessiert.

Als positiv an Dyba nennt Schwarz, daß dieser in der Lage sei, „sehr pointiert kirchliche Positionen zu vertreten“. Er habe „sehr präzise Vorstellungen über den Wertezerrfall und die Position der katholischen Kirche“. Der kirchliche „Mainstream“ dagegen sei „eher verwaschen“.

Der „Spiegel“ ist nicht irgendeine Zeitschrift. In einem Land, in dem mancher gerne für die Wirklichkeit hält, was jeweils ab Montag publizistisch aufbereitet der „Spiegel“ präsentiert, können die Kirchen über eine solche Position nur schwerlich einfach hinwegsehen. Eigene Nachdenklichkeit scheint ihnen dieser Pressetyp offenbar nicht zu danken. Kritisch

möchte der „Spiegel“ selber sein. Wenn die Kirchen selbst kritisches Denken verinnerlichen – siehe Protestantismus – gelten sie als – O-Ton „Spiegel“-Schwarz – „langweilig“. Um sich als kritisch beweisen zu können, muß man sich absetzen können. Von dem als „verwaschen“ erkannten „Mainstream“ kann man sich zu wenig unterscheiden, also ist er publizistisch uninteressant.

Da man in vielen Fragen beim „Mainstream“ offene Türen einrennen würde, hält man sich an die, bei denen diese Türen weniger offen sind. Erzbischof Dybas Positionen sind alles andere als repräsentativ für den Katholizismus in Deutschland. Sein entscheidender Vorteil aus der Sicht mancher Medien: Er unterscheidet sich und bringt dies griffig auf den Punkt. Daß seine Gefolgschaft begrenzt ist – will es die Mehrheit der „Spiegel“-Leser so genau gar nicht wissen?

Der konservative Außenseiter ist nicht nur für den „Spiegel“ interessanter als ein sich in Alltagsarbeit verschleisende Integrator, selbst wenn – wie Schwarz betonte – auch Bischof Lehmann schon interviewt wurde. Der Teufelsglauben, der einen das Mittelalter in die Gegenwart katapultiert, scheint aufregender als knochentrockene theologische Deutearbeit. Will der „Spiegel“ den christlichen Glauben als „Köhlerglauben“ hinstellen und die Kirche als eine „Ansammlung von Hinterwäldlern“?, fragte der DS-Interviewer. Die Kirchen-Berichterstattung sei sachlicher geworden, antwortete Schwarz mit einem Anflug von Selbstkritik. Alles in allem kann man dies als Leser bestätigen.

Dennoch – um bei der Weihnachtsausgabe zu bleiben: Mit dem Niedergangsszenario aus der Weihnachtsnummer macht es sich der „Spiegel“ zu einfach. Die äußeren Indikatoren der gegenwärtigen Entwicklung, Gottesdienstbesuch, Priesternachwuchs, Sakramentenspendung sind Fakten. Nur was bedeuten sie letztlich? Bestenfalls weisen sie darauf hin, daß eine bestimmte Gestalt von Kirche an ihre Grenzen stößt. Wer sagt jedoch, daß kirchliche Gemeinschaft z. B. auf im-

mer so sein muß und nur so sein kann, wie sie sich in der Nachkriegszeit im Westteil Deutschlands herausgebildet hatte? Die Rede vom Niedergang der Kirche wohnt letztlich eine rückwärts-gewandte Optik inne.

Was sich – nicht zufällig auch in traditionalistischer Sicht – als Niedergang ausnimmt, ist in mancherlei Hinsicht angemessener als Wandel zu beschreiben. Ganz zu schweigen davon, daß nicht jeder vermeintliche Verlust auch theologisch bzw. dem sich wandelnden Selbstverständnis der Kirche nach tatsächlich ein solcher sein muß.

Veränderungen im Raum der Kirchen sind tief verwoben mit der allgemeinen Entwicklung der gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisse. Insofern ist die Kirche eben auch nicht die einzige Institution, deren gegenwärtige Lage gerne als „Niedergang“ beschrieben wird. Heute verkünden Medien wie der „Spiegel“ den Niedergang der Kirche, morgen den der Schule, übermorgen den der Parteien, wieder ein anderes Mal den des Staates usw. Niedergang ist nicht nur in Bezug auf Religion und Kirche eine zu ungenaue Kategorie.

Zu diesen Ungenauigkeiten gehört letztlich auch die merkwürdige Koalition aus Erzbischof Dyba und „Spiegel“ für eine größere Trennung von Staat und Kirche. Der eine tritt offenbar für eine prinzipielle Trennung ein, der andere für eine Trennung dort, wo sie ihm für seine kirchenpolitischen Ziele vorteilhaft erscheint (Militärseelsorge selbstredend ausgeschlossen). Eine in sich stimmige Position zeichnet sich da jedenfalls nicht ab.

Am „Mainstream“ in Kirche und Theologie in Deutschland führt kein Weg vorbei, wenn man über sie informieren will oder nach repräsentativen Gesprächspartnern sucht – nicht nur für den „Spiegel“. Auch nicht für solche Kirchenmitglieder und Amtsträger, die gegenwärtig gerade die religiös-kirchliche Lage in Deutschland systematisch madig reden – möglicherweise in der Hoffnung, eines Tages gewissermaßen aus den „Trümmern“ die Kirche zu errichten, die ihnen mehr zugesagt. nt

Agrarreform: Justitia et Pax fordert gerechte Landverteilung

Angesichts der „in fast allen Erdteilen im Hinblick auf den Besitz und die Nutzung von Boden anzutreffenden skandalösen Zustände“ fordert der Päpstliche Rat Justitia et Pax umfassende Agrarreformen. Mit einer Mitte Januar veröffentlichten Erklärung sollen besonders auch die Kirchen vor Ort in ihrem Einsatz für eine gerechte Landverteilung unterstützt werden.

In den entwicklungspolitischen Debatten der frühen 80er Jahre spielte das Thema Agrarreform als politische Herausforderung keine zentrale Rolle. In den 60er und 70er Jahren waren in vielen Entwicklungsländern zwar Agrarreformgesetze verabschiedet worden. Für deren Durchsetzung fehlte es jedoch meist an politischem Willen und rechtsstaatlichen Bedingungen. Teilweise wurden Pläne und Konzepte zur Änderung von Besitzverhältnissen an Land und Wasser auch nur verdrängt von den oft völlig übersteigerten Erwartungen und Hoffnungen in die sogenannte „grüne Revolution“ als einer „technischen“ Lösung von Armut, Hunger und Unterentwicklung. Anfang der 90er Jahre ist das Thema Agrarreform von mehreren Seiten her auf die Tagesordnung zurückgekehrt: So hat etwa die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio auf den Zusammenhang zwischen ungerechter Bodenverteilung, Armut, Ressourcenverschwendung und Umweltzerstörung verwiesen. In der sogenannten Agenda 21 heißt es: Agrarreform und Partizipation der Landbevölkerung seien unverzichtbare Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft. Auch die nachfolgenden großen UN-Konferenzen zu Menschenrechten und Bevölkerungsentwicklung, besonders auch der UN-Sozialgipfel widmeten sich den notwendigen Agrarreformen. Im südlichen Afrika, in Zimbabwe, Namibia und Südafrika, wird die Auseinandersetzung um Agrarreformen

durch die Konflikte um die großen „weißen“ Güter, in anderen Ländern Afrikas durch die von IWF und Weltbank auferlegten Strukturanpassungsprogramme bestimmt. In Lateinamerika haben wie in der mexikanischen Provinz Chiapas oder in Paraguay bewaffnete Aufstände an die desaströse Situation eines Großteils der ländlichen Bevölkerung, besonders auch der indigenen Gruppen, erinnert.

Die besonders dramatische Situation in Brasilien

Landreformen sind ein wichtiger Bestandteil der Friedensprozesse und -verträge Mittelamerikas, wo immer noch drei Viertel der landwirtschaftlichen Betriebe nur über zehn Prozent, sechs Prozent der Großbetriebe aber über 70 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche verfügen. International die größte Aufmerksamkeit aber finden derzeit wohl die Landkonflikte in *Brasilien*.

Die Situation scheint, obwohl im Frühjahr 1993 ein umfassendes Agrarreformgesetz verabschiedet wurde, auch besonders dramatisch: fast fünf Millionen Bauernfamilien sind ohne Land; ein Prozent der Grundbesitzer verfügen dagegen über fast die Hälfte der gesamten Anbaufläche des Landes (vgl. HK, Dezember 1997, 612 ff.). Die Opfer des brasilianischen „Landkrieges“ zählen mittlerweile nach Hunderten. Auf die immer häufigeren illegalen und zum Teil auch legalen Landbe-